Morgen-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 16.) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Breslau b. Emil Kabath.

Posener Zeitung.

Achtzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank".

Nr. 36.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Dienstag, 16. Januar
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1877.

Die polnischen Wahlzettel.

Es werden uns verschiedene Wahlzettel, auf welcher der Kandidat in polnischer Sprache bezeichnet ist, eingesandt und daran die Frage geknüpft, ob solche Wahlzettel nach dem Gesetz über die Amtssprache als giltig zu bezeichnen sind. *)

Das Gesetz betreffend die Geschäftssprache der Behörden, Beamten und politischen Körperschaften des Staats, vom 28. August 1876, schreibt bekanntlich im § 1 vor:

„Die deutsche Sprache ist die ausschließliche Geschäftssprache aller Behörden, Beamten und politischen Körperschaften des Staates. Der schriftliche Verkehr mit denselben findet in deutscher Sprache statt."

Nun ist es ganz unzweifelhaft, daß die Wahlzettel an eine Behörde resp. eine politische Körperschaft, den Reichstag gerichtet sind, und dieserhalb müssen sie in deutscher Sprache abgefaßt sein. Außerdem bestimmt auch das Wahlreglement vom 28. Mai 1870 im § 19, daß Stimmzettel, welche einen Protest oder Vorbehalt enthalten, ungiltig sind, und da in den zum Namen beigefügten, für den Wahlvorsteher, welcher nicht polnisch versteht, unverständlichen Worten, eine solche Bemerkung enthalten sein könnte, so muß der Wahlvorsteher das Recht haben, dergleichen Wahlzettel als ungiltig zurückzuweisen.

In dieser Weise deduziren die Gegner der Giltigkeit. Indessen können diesen Ausführungen doch sehr erhebliche Einwendungen entgegensetzt werden.

Zunächst ist das betreffende Gesetz über die Amtssprache kein Reichsgesetz sondern ein preußisches Staatsgesetz. Es ist daher unzweifelhaft, daß außerhalb Preußens die Wahlzettel in jeder bekannten Sprache abgefaßt sein können.

Ob nun das preußische Sprachengesetz sich auch auf den Verkehr mit Reichsbehörden bezieht, ist eine Frage, welche wir als streitig betrachten. Wir fühlen uns nicht veranlaßt, die Für und Wider ausführlich darzulegen, da der Gegenstand, um welchen es sich hier handelt, uns nicht wichtig genug erscheint. Selbst wenn man annehmen will, daß das preußische Gesetz auch auf den schriftlichen Verkehr der polnischen Unterthanen mit den deutschen Reichsbehörden Anwendung findet, so bleibt doch immer noch fraglich, ob es die Berechtigung giebt, die polnischen Wahlzettel für ungültig zu erklären. § 2 des Gesetzes bestimmt nämlich:

„In dringlichen Fällen können schriftliche von Privatpersonen ausgehende Eingaben, welche in einer anderen Sprache abgefaßt sind, berücksichtigt werden. Im Falle der Nichtberücksichtigung sind sie mit dem Anheimstellen zurückgegeben, sie in deutscher Sprache wieder einzureichen."

Die Wahlzettel sind zweifellos eine Art „Eingaben," durch welche die Wähler die Erklärung abgeben, den N. N. zum Reichstagsabgeordneten zu wählen. Zurückgegeben können sie nicht werden, denn die Wahlvorsteher wissen nicht, von wem sie den polnischen Zettel erhalten haben, und außerdem ist der Fall dringlich, denn wenn die Wahlvorsteher die Zettel öffnen ist bereits der Termin abgelaufen, bis zu welchem die Wähler ihr Recht ausüben konnten.

Man wird uns vielleicht entgegenhalten, daß die Konsequenz unserer Ausführungen dahin führen würde, auch einen russisch oder hebräisch geschriebenen Wahlzettel als giltig anzuerkennen. Wir antworten darauf, daß es fast keine gesetzliche Bestimmung giebt, welche mit allen Konsequenzen und ohne Zulassung von Ausnahmen angewandt nicht Ungerechtigkeiten oder Unsinn zur Folge haben könnte. Die Gesetze werden eben für die Regel und nicht für alle möglichen Fälle gemacht Die Verhältnisse selbst sorgen dafür, daß die vernünftigen Fälle die Regel bleiben und wir glauben kaum, daß in Deutschland viel Wahlzettel in einer Sprache abgegeben worden sind, die sämmtlichen Wahlvorstehern unverständlich war und daß deren Beseitigung auf das Wahlresultat einen entscheidenden Ausfluß geübt hätte. Denn die Wähler selbst haben ein Interesse daran, ihren Kandidaten so deutlich zu bezeichnen, daß die Person unzweifelhaft zu erkennen ist.

Uebrigens würde es unsers Erachtens es auch keinen Zweck haben, die polnischen Zettel für ungiltig zu erklären, denn bei einer Neuwahl würde das Stimmenverhältniß kein wesentlich anderes werden. Schwerlich würde es aber zu einer Neuwahl kommen, denn der Reichstag, welcher die schließliche Entscheidung in dieser Frage zu fällen hat, würde wahrscheinlich die polnischen Wahlzettel ebenso anerkennen, wie die zahlreichen französisch geschriebenen, welche aus Elsaß-Lothringen eingehen.

Wir hatten früher häufig den Mangel an deutschem Nationalgefühl zu beklagen und möchten heut vor einer gewissen Ueberspannung desselben warnen. Unsere Vaterlandsliebe möge sich darin bethätigen, daß alle deutschen Wähler zur Wahlurne gehen, nicht in kleinlichen Quälereien. Leider hat sich das deutsche Nationalbewußsein beim Wählen selbst wiederum in einem recht kläglichen Lichte gezeigt!

*) So ist z. B. Herr Hipolit von Turno auf Obiezierze bezeichnet als Hipolit Turno z Obiezierza, Herr Eustachius v. Rogalinski auf Królikowo als Eustach Rogalinski z Królikowa. Auf einzelnen Zetteln ist der Wohnort nicht nur durch den Namen des Landguts sondern noch durch die nächstgelegene Stadt bezeichnet, deren Namen zuweilen von dem deutschen ziemlich verschieden ist.

Die Erfolge der Sozialdemokraten.

Σ Berlin, 14. Januar. Dahlmann beginnt sein Buch über Politik mit dem alten Ausspruch, man müsse die menschlichen Dinge nicht beweinen, nicht belachen, man müsse sie zu verstehen trachten. Deutschland sieht diesmal aus dem Wahlbüreau überraschend große Ziffern sozialdemokratischer Stimmen hervorsteigen. Statt vor 3 Jahren 339,738 sozialdemokratischer Stimmen sind diesmal wohl mindestens die doppelte Zahl abgegeben worden. Vor 3 Jahren wurde man in ähnlicher Weise durch die hohen Ziffern der ultramontanen Partei überrascht. Die Ueberraschung ist nicht blos für Berlin, sondern für alle größeren und mittleren Städte in gleichem Maaße vorhanden, gleichgültig von welcher Partei dieselben bisher vertreten wurden. In Berlin springt das Ergebniß nur besonders grell in die Augen, weil die Wahlkreise, in denen die Sozialdemokraten siegten, wesentlich vorstädtische Arbeiterviertel sind. Dadurch, daß die Zahl sozialdemokratischer Abgeordneten voraussichtlich im Reichstage nicht erheblich vergrößert sein wird, verliert die Thatsache nicht an Bedeutung. Es wäre aber falsch, die Stimmabgeber für Sozialdemokraten der Mehrzahl nach als Anhänger der Konfiskation des Eigenthums, der Aufhebung des Erbrechts und der Ehe zu betrachten; im Gegentheil suchen die sozialdemokratischen Agitatoren vor ihren Wählern diese ihre positiven Ziele sorgfältig zu verbergen, um sich desto mehr in der Kritik der vorhandenen Zustände zu ergehen. Es spricht sich in den sozialdemokratischen Wahlen hauptsächlich nur (?) das Mißbehagen der niederen Volksklassen mit den augenblicklich vorhandenen Erwerbsverhältnissen aus. Daß dieses Mißbehagen sich gegen den Staat kehrt, in staatlichen Wahlen einen Ausdruck zu finden sucht, ist die Folge demagogischer Agitationen wie sie nicht blos von den Sozialdemokraten, sondern auch von ultramontaner und nicht am Wenigsten seit 1½ Jahren von konservativer Seite inkl. der Reptilienpresse betrieben worden sind. Zu diesem Mißbehagen kommt das von den Sozialdemokraten, künstlich großgezogene Klassenbewußtsein, die Vorstellung eines feindlichen Gegensatzes der Interessen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Diese Saat hat einen empfänglichen Boden gefunden in der Lockerung der Verhältnisse, wie sie unter den großen wirthschaftlichen Umgestaltungen und Verschiebungen unmittelbar nach dem Kriege unter der herrschenden Ueberspekulation eingetreten sind. Auf politischem Gebiet trägt zur Verbreitung der Sozialdemokratie nicht zum Wenigsten das geminderte Ansehen bei, welches der Reichstag im Volke erhalten hat, durch die ablehnende Haltung, welche die Regierung auch seinen beharrlich wiederholten Forderungen (z. B. Diäten) oder seinen fast einstimmig ausgesprochenen Grundsätzen (z. B. bei den Justizgesetzen, ordentlicher Rechtsweg gegen Beamte) entgegenstellt. Das geminderte Ansehen des Reichstages überträgt sich auf die älteren in demselben vorhandenen Parteien, die maßgebenden, und die nicht maßgebenden. Einem gewissen Radikalismus liegt dabei der Gedanke nahe, es einmal mit einer neu auftretenden Partei zu versuchen. Nützt es nichts, dann schadet es nichts, so denkt man wohl. Alle diese für die Verbreitung günstigen Umstände sind voll und ganz durch planmäßige energische Wahlagitationen und Organisation ausgenutzt worden. Die Sozialdemokratie beschäftigt sich ja das ganze Jahr hindurch überhaupt mit nichts anderem als mit Wahlagitationen. In Betreff der vollen Ausnutzung des gleichen direkten Wahlrechts hat man überhaupt in Deutschland noch wenig Uebung. Das Gesetz und die Praxis der Behörden sichert eine allgemeine Betheiligung ja in keiner Weise, sondern erschwert dieselbe vielfach. Wer daher zuerst durch geschickte Organisation von dem Wahlrecht Nutzen zieht, hat einen großen Vorsprung. — Zu den positiv günstigen Umständen für die Verbreitung der Sozialdemokrate kommen nun die Fehler und Unterlassungssünden der Gegenseite. Die Fortschrittspartei — Schultze-Delitzsch an der Spitze — hat die Sozialdemokratie von Anfang an auf das Entschiedenste und Energischste bekämpft. Lange konnte die Fortschrittspartei aber dabei zweifelhaft sein, ob sie selbst nicht der Regierung weit verhaßter sei als die Sozialdemokratie und ob Letztere nicht als Grenzmittel gegen die Fortschrittspartei benutzt werde. Als dem Minister Eulenburg im vorigen Jahr im Abgeordnetenhause vorgehalten wurde, welche zweifelhafte Haltung die Regierung früher der Sozialdemokratie gegenüber eingenommen habe, erwiederte der Minister, man „habe die sozial-demokratische Bewegung eine Zeit lang gehen lassen, damit die Welt sehe, was es damit für eine Bewandtniß habe. Erst seit 1½ Jahren sei die Frucht zum Pflücken reif geworden". Gerade dieses Pflücken, wie es der Minister versteht, die polizeiliche und strafrechtliche Verfolgung, hat, indem es höchst unansehnliche Personen weithin zu politischen Märtyrern stempelte, die Ausbreitung der Sozialdemokratie nicht gehemmt, sondern noch mehr befördert. Je heftiger zugleich die Regierungen und andere Parteien die Fortschrittspartei fortgesetzt bekämpft haben, desto mehr schwächten sie allmälich die wirksamste Vormauer gegen die Sozialdemokratie. Durch neutrale Haltung der Polizei wurden sodann nach und nach die allgemeinen Volksversammlungen in vielen Orten völlig vogelfrei, sie erschienen der Sprengung durch die kleinste sozialdemokratische Bande preisgegeben. Damit machte man die Abhaltung solcher Versammlungen thatsächlich zu einem Privilegium der Sozialdemokraten. Die hieraus angebahnte Rechtslosigkeit im persönlichen Kampf mit der Sozialdemokratie hat Viele von diesem Kampf abgeschreckt. Es ist späterhin nachgerade Sitte der anständigen Leute geworden, sich mit den Sozialdemokraten nicht abzugeben. Man ignorirte sie in Versammlungen, ignorirte sie in der Presse, ignorirte sie zuletzt im Reichstage und verminderte dadurch mittelbar ihre Agitationen gegenüber den Widerstandskräften. Ja man verschloß sich durch diese vornehme Ignorirung sogar die Kenntniß von der wachsenden Gefahr. — Alles dies muß anders, von Grund aus anders werden. Es kann aber nur anders werden, wenn die Liberalen von der Nothwendigkeit befreit werden, sich zugleich nach der anderen Seite gegen eine drohende Reaktion, namentlich auch auf wirthschaftlichem Gebiete, zu vertheidigen, wenn liberale Wahlen nicht blos eine Ehrensache der Sozialdemokratie gegenüber, sondern zugleich eine sichere Bürgschaft für eine positive, dem Wahlergebniß entsprechende liberale Politik und Gesetzgebung abgeben. Erst dann ist ein politisches Wahl-Interesse zu erfassen, stark genug, allen einseitigen Interessen-Vertretungen bei den Wahlen erfolgreich die Spitze zu bieten.

Deutschland.

Berlin, 14. Januar.

— Ueber das Verhalten einzelner Parteien bei den berliner Reichstagswahlen wird Folgendes berichtet:

Im ersten Wahlkreise ließen die Nationalliberalen in jeder Wohnung Wahlaufruf und Stimmzettel abgeben, einzelne Boten schienen dabei aber etwas gewissenlos verfahren zu sein, denn vielfach sah man auf den Etagen die Papiere hinter dem Klingelzug oder in die Thürspalte geklemmt, und flugs waren die Sozialdemokraten dabei das Kukuksei in das nationalliberale Nest zu legen. Im dritten Wahlkreis ließ die Fortschrittspartei am Morgen des Wahltages in fast allen Hausfluren große Zettel mit der Angabe des Wahllokals und des Kandidaten anschlagen; eine halbe Stunde später erschienen die Nationalliberalen und klebten ihren kleineren Zettel auf das Fortschrittsplakat, und im nächsten Augenblick saß auch der noch kleinere Sozialistenzettel oben drauf. Auch ist es wiederholt vorgekommen, daß Wähler ihren eigenen Namen unter den des Kandidaten auf den Wahlzettel gesetzt haben. Aus diesem Grunde haben in einem einzigen Wahlbezirk des 4. Wahlkreises allein 10 Wahlzettel für ungültig erklärt werden müssen. Oefter ist man auch auf einen Fall gestoßen, der zeigt, mit welchen Mitteln manche Heißsporne unter den Wählern kämpfen zu können glaubten, um ihren Kandidaten Stimmen zuzuführen. Beim Auseinandernehmen der Wahlzettel zeigte sich nämlich, daß wiederholt zwei, zuweilen auch drei gleiche Wahlzettel zugleich zusammengelegt waren, so daß man zu der Vermuthung berechtigt ist, ein und derselbe Wähler habe mehrere Wahlzettel abgegeben. Natürlich sind auch derartige Wahlzettel kassirt worden. Im Allgemeinen hat sich auch diesmal wieder gezeigt, daß die Sozialdemokraten am Besten geschult sind. Soweit man in Erfahrung hat bringen können, haben Wahlzettel mit sozialdemokratischen Kandidaten am wenigsten kassirt werden müssen.

Ganz tolle Wahlmanöver scheinen im Wahlkreise Hersfeld, Rothenburg-Heifeld vorgekommen zu sein. Bestimmt läßt sich darüber noch nicht urtheilen, da die Berichte theilweise einander wiedersprechen. Die Nationalliberalen stellen die Sache folgendermaßen dar:

Die Anhänger des bisherigen nationalliberalen Abg. Glein, dem von fortschrittlicher Seite ein Herr Goldschmidt aus Berlin entgegengestellt war, hatten einen Auszug aus einem Privat-Telegramm von Hans Blum in Leipzig verbreitet, in welchem es hieß: „Ihr Wahlkreis wird den Gründerschwindlern und Betrügern einen großen Dienst leisten, wenn er diesen Goldschmidt wählt." Darauf ließ die Fortschrittspartei am Wahltage folgende telegraphische Depesche anschlagen: „Berlin, den 10. Januar 1877. Besonnene Wähler werden sich durch solch' plumpes Wahlmanöver niemals verführen lassen. Die Anschuldigung gegen Dr. Goldschmidt ist eine grundgemeine Verleumdung, würdig eines Menschen, wie Hans Blum. Goldschmidt wird auch von angesehenen Nationalliberalen als scharfsinniger Kritiker des Aktiengesetzes rühmend anerkannt. Eugen Richter und Parisius." Später wurde noch folgende Depesche publizirt: „Berlin, 10. Januar 1877. Antwort auf bubenhafte Verleumdung: Blum hat für Todesstrafe gestimmt und damit das Andenken seines Vaters geschändet. Dr. Goldschmidt."

Soweit der Bericht aus nationalliberalem Lager. Die Wahlkorrespondenz der Fortschrittspartei schreibt über dieselbe Angelegenheit:

Am 7. Jannar brachte die „Hessische Morgenzeitung" die Denunziation, Dr. Goldschmidt habe als der anonyme Verfasser einer Schrift: „Gründerprozesse", die Ausschweifungen des Gründerthums gegen den leider viel zu spät erhobenen Arm der Justiz in ungeschickter und fast cynischer Art vertheidigt." Dem Dr. Goldschmidt wird dies in einer Versammlung zu Hersfeld von einem Dr. Müller vorgehalten. Er fertigt diesen in der gründlichsten Weise ab, indem er zugleich erklärte, allerdings Autor jener Schrift zu sein, in ihr aber unter der entschiedensten Verurtheilung des sogenannten Gründerthums die auf Erpressung ausgehende Gründerhatz gekennzeichnet. und im Uebrigen in wissenschaftlich juristischer Weise die Unzulässigkeit der Anwendbarkeit der Betrugsbestimmungen auf die gewöhnlichen Gründungsfälle erörtert zu haben. Dr. Goldschmidt ist wieder in Berlin, da versichert am 9. Januar in dem Hersfelder Lokalblatte der Dr. Müller, daß er nach Einsicht der Schrift die Behauptung aufrechterhalte"

Im Uebrigen stimmt der Bericht der Wahlkorrespondenz mit der nationalliberalen Darstellung überein und beklagt am Schlusse nur noch, daß die Meisten von Denen, die für Goldschmidt stimmen wollten, sich der Wahl enthalten hätten.

Aus Hamburg langen Meldungen ein, aus denen hervorgeht, daß die Sozialdemokratie die Niederlage weniger friedlich hinnimmt als den Sieg. Es ist in der genannten Stadt zu sehr großen Ausschreitungen gekommen, worüber Folgendes berichtet wird:

Eine Anzahl Demokraten stürzten, als ihre Partei überall in der Minorität blieb, mit einem wahren Wuthgeheul Abends 9½ Uhr nach dem Konventgarten und suchten dort Händel. Natürlich wurden sie sofort an die frische Luft befördert. Draußen aber tobten sie ohne Unterlaß fort, so daß Alles, was in dem Moment an Wachtmannschaft auf den Beinen war, requirirt werden mußte. Es wurde sofort die Wexstraße, wo der Skandal am Aergsten war, nach dem Groß-Neumarkt und den Bleichen hin abgesperrt, um eine gefahrdrohende allgemeine Revolte zu verhindern. Leider artete das ungezügelte Treiben der Sozialdemokraten dergestalt aus, daß die Wächter von ihren Waffen Gebrauch machen mußten, da sie in bedenklicher Weise angegriffen wurden. Es kamen mehrere Verletzungen vor, so daß eine Anzahl Personen nach dem Allgemeinen Krankenhause geschafft werden mußten. Im Ganzen sind sechszehn Verhaftungen vorgenommen worden und haben einige der Betreffenden, 13 an der Zahl, bereits vom Polizeirichter ihr Urtheil empfangen, welches gegen drei Indivi-

duen, weil sie gegen die Wächter thätlich wurden, auf 4 Wochen Gefängniß lautete.

— Im Herrenhause ist bereits eine Interpellation erschienen, welche von der frondirenden äußersten Rechten ausgeht und folgenden Wortlaut hat: Die königliche Staatsregierung wird von den Unterzeichneten um Auskunft ersucht: welche Schritte Hochdieselbe gethan hat, oder zu thun beabsichtigt, um den von dem letzten hannoverschen Provinzial-Landtage einstimmig angenommenen Antrage auf Aufhebung der Sequestration des Vermögens des Königs Georg Folge zu geben? Berlin, den 12. Januar 1877. Graf von der Schulenburg-Beetzendorf unterstützt durch von Wedell, Graf zur Lippe, Graf von Brühl, von Alvensleben, von Karstedt, von Köller, Graf Goltstein, von Rochow, von le Coq, von Kröcher, Graf von Schlieben, von Jena, von Knebel-Döberitz, Freiherr von Manteuffel (Krossen), Freiherr von Senfft, Graf v. d. Schulenburg-Angern, von Uhden, Graf Kospoth-Burau, von Seydlitz, von Brand." — Die „N. Pr. Z." bemerkt dazu: „Bei der bekannten Stellung des Interpellanten, der sich von welfischen Velleitäten stets frei gehalten hat, dürfte es sich weniger um bedingungslose Herausgabe des sequestrirten Vermögens, als um die Erlangung einer Aufklärung über die Verwaltung des gedachten Fonds handeln, über die in letzter Zeit Gerüchte zirkuliren, nach welchen diese Verwaltung abweichend von den Traditionen preußischer Finanz-Verwaltung geführt werden soll."

— Wie die „Voss. Ztg." hört, hat kürzlich der badische Bevollmächtigte im Bundesrathe über die Art und Weise, wie das Reich und seine Exekutivbehörden die Reichs-Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen, die natürlichen Konkurrenten der badischen Bahnen betreiben, Beschwerde geführt. Die Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen wurden bekanntlich auf Reichskosten mit Mitteln reich ausgestattet und sind deshalb um so mehr im Stande, den badischen Eisenbahnen durch niedere Tarife und auf andere Weise eine nahezu vernichtende Konkurrenz zu machen, als ihnen der entstehende Schaden durch Reichsmittel wieder ersetzt wird. Wenn nun auch die Konkurrenz an und für sich nicht verwerflich erscheint, so kann sie doch deshalb nicht gebilligt werden, weil die badischen Bahnen den durch die ihnen bereitete Konkurrenz entstehenden Ausfall in den Einnahmen ihrer Konkurrenzbahnen durch Matrikularbeiträge decken helfen müssen die Konkurrenz somit theilweise auf Kosten der badischen Bahnen gehalten wird. Obwohl der Vertreter der badischen Regierung besondere Anträge nicht gestellt hat, so hat doch seine Beschwerde im Bundesrathe diejenige Aufnahme gefunden, welche auf baldige Abhilfe schließen läßt.

— Der Unterrichtsminister hat neuerdings anerkannt, wie es keinem Zweifel unterliegt, daß das Aufsichtsrecht und die Aufsichtspflicht der Schule nicht auf den Aufenthalt der Schüler in dem Schulgebäude beschränkt ist, sondern das Leben der Schüler außerhalb der Schule mit trifft und daß die Eltern oder deren Stellvertreter, welche ihren Sohn und Pflegebefohlenen einer Schule übergeben, insoweit als es der Schulzweck erfordert, denselben ein Mitbestimmungsrecht auch in der erwähnten Hinsicht übertragen.

— Graf Harry Arnim, dessen Gesundheitszustand sich verschlimmert hat, ist, wie die „Voss. Ztg." hört, von Genf nach Nizza übergesiedelt. Ebendorthin hat sich auch der Legationsrath a. D. Graf Hermann Arnim begeben.

— Die dieser Tage in unserer Zeitung abgedruckte Darstellung, welche die in Madrid erscheinende „Iberia" vom 7. d. von der Wegnahme des deutscher Schiffes „Minna" durch ein spanisches Kriegsschiff in den Gewässern von Sulu nach dem Briefe eines angeblichen spanischen Marineoffiziers aus Sulu brachte, wird jetzt durch den „D. Reichs.-Anz." für vollständig erfunden erklärt. Zur Richtigstaltung der betreffenden Thatsachen bringt das amtliche Blatt folgenden Artikel:

Der deutsche Schooner „Minna", dessen Wegnahme durch ein spanisches Kriegsschiff die Zeitung „Iberia" vom 6. d. Mts., in einem rereits in deutsche Zeitungen übergegangenen Schreiben aus Sulu vom 5. November berichtet und erörtert, ist in Folge eines telegraphischen Befehls der spanischen Regierung nach Manila um die Mitte November wieder freigegeben worden. Es bedarf kaum der Erwähnung, daß dieser. auf diesseitiges Verlangen ertheilte Befehl nicht gestellt würde, wenn die Behauptung der „Iberia", daß sich das deutsche Handelsschiff einer Verletzung des Völkerrechts schuldig gemacht hätte, wahr wäre. Konnten bei den unklaren Beziehungen zwischen Spanien und Sulu in früheren Fällen dieser Art spanische Behörden über die Berechtigung fremder Schiffe zum freien Verkehr im Sulu-Archipel zweifelhaft sein, so war jeder Zweifel seit dem April v. J. ausgeschlossen, wo die spanische Regierung nach längerer Verhandlung den Regierungen von Deutschland und Großbritannien erklärt hat, daß, welches auch die Beziehungen zwischen Spanien und Sulu sein mögen, keiner dieser beiden Staaten das Recht besitze, den direkten Verkehr fremder Schiffe mit den Häfen des Sulu-Archipels zu beschränken. Nachdem diese Erklärungen in der offiziellen Singapore Zeitung abgedruckt und von dem Gouverneur von Labuan zur Richtschnur englischer Schiffer veröffentlicht worden waren, war der kaiserliche Konsul in Signapore vollständig im Rechte, wenn derselbe die „Minna" direkt nach dem Sulu-Archipel ausklarirte. Es bedurfte hierzu weder des Visa's des spanischen Konsuls in Singapore, noch der Erlaubniß einer spanischen Behörde und ebensowenig des vorherigen Anlaufens von Zamboanga, um dort Zölle zu entrichten. Diese unerwünschte Angelegenheit hat seit jener Beschlagnahme zu erneuten Verhandlungen Anlaß gegeben, welche bei den freundschaftlichen Beziehungen beider Regierungen hoffentlich bald zur vollständig unbehinderten Ausübung der vorlängst anerkannten Verkehrsfreiheit führen und den nur zu häufig versuchten Störungen derselben ein Ende machen werden.

Thorn, 13. Januar. [Polen-Versammlungen.] Die polnischen landwirthschaftlichen Generalversammlungen finden am 6. und 7. Februar cr. im Hotel zu den Kronen statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Das Bedürfniß und der Nutzen der politischen und ökonomischen Wissenschaft. 2. Welche Meliorationen verdienen in polnischen Wissenschaften den Vorzug? 3. Der gegenwärtige Stand der polnischen Industrie. Ursachen, aus welchem die polnische Industrie in dem preußischen Antheil sich ungenügend entfalten. Berichte und Anträge. Zum Zwecke der Erbittung des Segens für diese „gemeinsame" Arbeit wird am Dienstag den 6. Februar cr. um 9 Uhr in der St. Johanniskirche eine heilige Messe abgehalten werden. Gleichzeitig macht der Vorstand des Vereins zur Unterstützung moralischer Interessen der polnischen Bevölkerung unter preußischer Herrschaft bekannt, daß hier am 5. Februar cr. die Generalversammlung des Vereins abgehalten werden wird. Auf der Tagesordnung stehen: Der Jahresbericht des Vorstandes; Debatten über „unsere gemeinsamen" Arbeiten und Anträge der Mitglieder. Damit eine zahlreiche Theilnahme an dieser Versammlung ermöglicht werde, ist sie dieses Mal vor den landwirthschaftlichen Generalversammlungen angesetzt worden. Die „Gazeta Torunska" sagt über diese Versammlungen, daß die Vorsitzenden der landwirthschaftlichen Versammlungen, des Vereins für die moralischen Interessen, und der Zentralvorstand der landwirthschaftlichen Vereine das Bedürfniß gefühlt haben, diese Versammlungen anzukündigen und dazu einzuladen und es würden wahrscheinlich die Ankündigungen zu Versammlungen des Unterstützungsvereins für die lernenden Mädchen, des wissenschaftlichen Vereins und der Genossenschaft der „Gazeta Torunska" folgen. Die Redaktion hat davon bis dahin nichts erwähnt, um die Wahlagitation nicht zu beeinträchtigen. Sie setzt dann hinzu: „die in den letzten Jahren verfallenen landwirthschaftlichen und Handwerkervereine, die vielen politischen Volksversammlungen, und die vielen neuen Staatsgesetze, bezüglich des Verhältnisses zur Kirche, alles das gestattet uns keine Ruhe. Inmitten des heißen politischen Kampfes ist uns das Böse über den Kopf gewachsen und die Folgen haben wir in der Auswanderung unseres Volkes nach Amerika, in der Belastung der Hypotheken und in den Subhastationen gesehen — und daraus folgt die Nothwendigkeit zum Erscheinen in diesen thorner Versammlungen."

Frankreich.

Paris, 13. Jan. Mit Bezug auf die Gerüchte über die Haltung Deutschlands auf der Konferenz zu Konstantinopel erklärt der Moniteur:

Wir haben uns über die Richtigkeit dieser durch die ganze europäische Presse verbreiteten Gerüchte nicht auszusprechen. Indem wir uns an das halten, was wir wissen, ist es unsere Pflicht, zu betonen, daß die deutsche Diplomatie nicht aus dem europäischen Konzert ausgeschieden ist, und daß sie in Konstantinopel selbst bis jetzt gemeinsam mit der übrigen Diplomatie an der Lösung der gestellten Aufgabe gearbeitet hat. Aber es ist nicht minder wahr, daß bei der jetzigen Lage des europäischen Gleichgewichts Deutschland mit der größten Geistesfreiheit die orientalischen Verwicklungen beurtheilen kann, zunächst, weil diese Verwicklungen seine wesentlichen Interessen nicht be rühren können, dann, weil es selbst im vollsten Maße gerüstet ist. I aber Deutschland in der That in dieser privilegirten Lage, wohe kommt es, daß in Paris sich Zeitungen finden, die, nicht damit zu frieden, diese Haltung zu bewundern, im vollen Ernst unserer Diplo matie empfehlen, daran ein Beispiel zu nehmen. Wahrlich, man ha nicht den Muth, diese knabenhaften und sentenziösen Rathschläge z widerlegen. Aber es berührt unangenehm, die schädlichen Folgen z beobachten, die in der öffentlichen Meinung dadurch hervorgerufe werden. Wir begreifen somit vollauf das dringende Ersuchen, da heute der Türkei gemacht wird, damit sie nachgebe, und no dazu von einer Seite, von der sie bisher andere Ermah nungen zu empfangen gewohnt war. In Wirklichkeit i jetzt der Augenblick gekommen, in dem die Pforte au hören muß, sich weiteren trügerischen Hoffnungen hinzugebe Wir wollen bei dem festen Glauben bleiben, daß keine Macht in Europ den Krieg wünscht, und wir sind überzeugt, daß Rußland und Englan einig über die Mittel sind, um die orientalische Frage zu lösen. E liegt endlich auf der Hand, daß die Bevollmächtigten der Unter zeichner des Vertrages von 1856 der Türkei nichts Uebertri benes zumuthen, nichts, daß mit den Verfassungen oder mit d Würde der Pforte unverträglich wäre. Der Augenblick ist demna für diese Macht gekommen, eine vernünftige und versöhnliche Haltu anzunehmen, wenn sie den schwersten Verwicklungen vorbeugen wi Das ist unser letztes Wort; wir sprechen mit um so größerer Au richtigkeit dies aus, als nach dem, was wir sehen, es die Losung d Blätter ist, die bisher mit dem größten Nachdrucke dem Widerstan der Pforte Beifall zollten.

Die internationale Agitation gegen das, was gewisse Kre hier den „Machiavellimus" Deutschlands nennen, dau trotzdem fort. Das „Journal des Debats" bringt heute einen lang Artikel, der voll Mißtrauen gegen die orientalische Politik des Fürs Bismarck ist. Eine Anzahl von Telegrammen gehen in derselben Ri tung. Unter den großen Blättern erhebt der „Temps" Einspra gegen diesen Feldzug.

Großbritannien und Irland.

London 13. Januar. Dem Gerichtshof für Sachen des gemei Rechts lag heute die Zivilklage gegen die Eigenthümer deutschen Dampfschiffes „Franconia" auf Schadener wegen Niederfahrens des britischen Schiffes „Strathclyde" Die Advokaten Benjamin und Cohen führten die Vertheidigung bestritten die Zuständigkeit dieses Gerichtshofes für Vorgänge dem Meere, während der in solchen Angelegenheiten kompetente miralitätshof der Ziviljurisdiktion entbehrt. Der Gerichtshof schied demgemäß, daß die Zivilkompetenz der englischen Tribunale gemeinen Rechts an der Küstenlinie aufhöre, daher die Wasser in welcher der Zusammenstoß stattgefunden, nicht einschließe. — chinesische Gesandtschaft soll nächster Tage hier eintreffen.

Dänemark.

Kopenhagen, 7. Januar. Wenn Schweden die Betheiligung an der kommenden pariser Weltausstellung lehnt, so wird dies ohne Zweifel auch Einfluß auf Dänemar Verhalten äußern. Die dänische Regierung hat im Budget zu die Zwecke 50,000 Kronen verlangt, eine Summe, welche die Gewe treibenden als durchaus ungenügend bezeichnen. Wenn eine Erhöh der genannten Summe nicht erfolgt, ist es wahrscheinlich, daß Lust zur Betheiligung an der Weltausstellung eine starke Ein erfährt.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel. Während die Mächte sich anschicken, für Konferenzsitzung vom 15. d. die kategorische Erklärung Pforte über Annahme des modifizirten Konferenzprogramms einzu den, geht von mehreren Seiten die allerdings noch unverbürgte N richt ein, daß Fürst Bismarck nun endlich die Hin- und Herzie am goldenen Horn satt habe und Intriguenspiel der osman Staatsmänner a la Metternich ein baldiges Ende gemacht zu wünsche Der in Kostantinopel erscheinende „Levant Herald" m vom 12. d. M, daß Freiherr von Werther in der Konfe sitzung vom 11. Januar seinen Austritt angekündigt habe, wenn Pforte sich nicht kategorisch über Annahme oder Ablehnung der von der Konferenz gemachten Vorschläge äußerte. Indessen wird

Theater.

Mit Herrn W. Fliegner als Gast ging am Sonnabend Dumas' Sittengemälde „Demi-monde" in Scene. „Zum ersten Male" sagte der Theaterzettel und das mag für Posen wohl zutreffen; im Uebrigen aber erschien das Drama bereits im Jahre 1855, ist also bereits 22 Jahre alt. Wir konstatiren hier einfach die historische Thatsache und sprechen damit nicht etwa einen Tadel gegen die Wahl des Stückes aus. Es ist auch heute noch von bemerkenswerther Frische, trotz seines Alters, und wer es noch nicht kennt, wird es mit Vergnügen kennen lernen.

Abgesehen von seinen künstlerischen Vorzügen, die in scharfer Charakteristik, übersichtlicher Architektur und fein zugespitztem Dialog voll Geist bestehen, hat dieses Drama auch eine kulturgeschichtliche Bedeutung erlangt. Sein Titel schuf eine charakteristische Bezeichnung für bestimmte französische Gesellschaftsklassen, und da sich ähnliche auch in anderen Ländern als Frankreich fanden, so hat der Name Demimonde in ganz Europa Bürgerrecht gewonnen. Was ist eigentlich Demi-monde? Dumas versteht darunter männliche und weibliche Abenteurer aus den höheren Gesellschaftsschichten: Courtisanen, Spieler u. s. w., welche die Gewohnheiten und Sitten der guten Gesellschaft nachzuahmen, sich das Ansehen vornehmer Ehrbarkeit zu geben bemüht sind. Diese Gesellschaft muß auf den anständigen Mann schlechterdings einen peinlichen Eindruck machen, aber ihr Treiben ist interessant, und dasselbe ungeschminkt, zuweilen sogar rücksichtslos dargestellt zu haben, ist Dumas' Verdienst. Mit seinem Drama beleuchtete er diesen dunklen Theil der pariser Gesellschaft, und die Wirkung war außerordentlich. Sein Stück verfolgte also eine bestimmte Tendenz.

Seitdem ist eine Aera französischer „Sittenbilder" angebrochen, die vorzugsweise die Demi-monde und die ihr nahestehenden Elemente im Rahmen des Dramas darstellen, hier und da mit der Absicht, gesellschaftliche Schäden zu bessern, wie z. B. bei Sardou, oft aber auch aus bloßem Behagen an pikanten Verhältnissen. Den Mittelpunkt des Dumas'schen Werkes giebt der Kampf zwischen einer Courtisane, die einen harmlosen Provinzialen heirathen und sich durch diese Heirath in der Gesellschaft rehabilitiren will, und einem ihrer ehemaligen Anbeter, der das zu hindern sucht, weil der arglose Bräutigam sein Freund ist. Der einstige Freund der Courtisane befindet sich übrigens in keineswegs beneidenswerther Lage. Auf der einen Seite ist er dieser, auf der andern dem Freunde verpflichtet, und es ist fesselnd, die aus dieser Kollision entspringenden Entschlüsse und ihre Verwirklichung zu verfolgen. Der Dichter weiß den angesponnenen Faden so geschickt zu verwirren, jeden Schachzug einer Partei so geschickt durch einen Gegenzug zu pariren, daß das Interesse des Zuschauers stets lebendig bleibt — und das will etwas heißen bei fünf langen Akten!

Herr W. Fliegner spielte den Olivier v. Jalin, den ehemaligen Geliebten der Baronin d'Ange. Das ist ein leichtlebiger Pariser, der die Demi-monde gründlich kennt, sich aber doch bis zu einem bestimmten Grade inneren Halt bewahrt hat. Der junge Künstler, Posener von Geburt, bewies mit der Darstellung dieser Rolle, daß er seit wir ihn zuletzt hier sahen, erfreulich in seiner Kunst fortgeschritten ist. Er bewegte sich mit Anstand und brachte manche Pointe trefflich zur Geltung. Wir glauben indeß, daß seine anerkennenswerthe Leistung noch gewinnen wird, wenn er das leichtlebige Element dieses Charakters mehr hervortreten lassen will; in der am Sonnabend geltend gemachten Auffassung überwog der Lebensernst, der Jalin doch erst in zweiter Reihe eigen ist.

Die einheimischen Darsteller bemühten sich sämmtlich um das Gelingen der Vorstellung, deren Wiederholung jedenfalls ein noch präziseres Zusammenspiel ergeben wird. Das Haus war nicht so zahlreich besucht als wir erwartet hatten, doch kargten die Anwesendem nicht mit ihrem Beifall. E.

Eine permanente Bau-Ausstellung zu Berlin.

Von Dr. Max Bauer.

III.

Der Natur der Sache nach sind in der folgenden Abtheilung für Holzarbeiten nur wenige Gegenstände ausgestellt, darunter aber recht interessante, wie die prachtvolle, fournirte und polirte Flügelthür von Trost und eine andere von Winkel, die in polirtem Kiefernholz ausgeführt, durch die Schönheit des reinen, astfreien Materials eine fast glänzend zu nennende Wirkung erreicht. Zahlreich sind hier die Aussteller von Parquetfußböden vertreten, von denen Kampmeyer, Leibe, E Ende, die Pester Holz-Industrie-Gesellschaft vor Anderen zu nennen sind. — An geschnitzten Möbeln finden wir zur Zeit solche von Gebrüder Bauer und Görgens, daneben die allbekannten Wiener Möbel der Gebr. Thonet, und die Korbmöbel der Firma Ançion und Schnerzel, deren junges Geschäft sich bereits weit über Berlin hinaus Geltung verschafft hat. — Drechslerwaaren, geschnitzte Rahmen u. dergl. schließen in reicher Auswahl die Reihe der hierher gehörigen genstände.

Die Herstellung von Oefen und die damit verbundene Indu wurde lange Zeit als eine Domaine Berlins angesehen. Die Be bungen zur Hebung der Kunstgewerbe, welche seiner Zeit vor von Schinkel gepflegt wurden, fanden auf diesem Gebiete in einen ausnehmend befähigten Vertreter, so daß in kurzer Frist in technischer Hinsicht, wie bezüglich des künstlerischen Aufbaues der Ausstattung der Kachelöfen eine hohe Stufe erreicht wurde lein auch hier trat ein Stagniren und Zurückgehen ein; wen noch später einige Architekten sich der Sache annahmen und nee delle hervorriefen, so ist doch zu konstatiren, daß dies nicht i der großen Bedeutung grade dieses Zweiges entsprechendem geschah, — ja daß selbst die Qualität des Fabrikats mälig verschlechterte. Dem Einfluß der großen Ausstellung zu danken, daß in jüngster Zeit sich hier wieder ein regeres zeigt; die berliner Industrie hätte eben bemerken können un wie sehr sie von den aufblühenden sächsischen Fabriken in d ten gestellt wurde. — Die weiße Farbe der Kacheln, wel durch Gewohnheit und Mode vollkommen als gegeben gal nunmehr dem Streben, durch farbige Oefen Wirkungen zu die mit der Gesammtfarbengebung des Raumes harmonisch menklingen. Auch in Bezug auf die Form tritt die Entwick vor: stylvoll und reich modellirte Oefen und Kamine, wie si Aktien-Gesellschaft vorm. Dankberg, O. Titel, Schmidt, der burger Thonwaaren-Fabrik (vorm Duvigneau) ausgestellt beweisen dies aufs Anschaulichste.*)

Neben den Kachelöfen, deren faktische Vorzüge für die Gegend als unbestreitbar hinzustellen sind, kommen die eiserne nur zu beschränkter Geltung. An Auswahl findet sich hier ge wohl der Größe, als der Konstruktion nach könnte jedem B durch die von Cohn, Kayser, Töpfer u. A. ausgestellten Exemp nügt werden. Zum Schluß müssen wir noch als hierher geh von Marcus Adler konstruirte Marmor-Kochmaschine erwähne verführerische Sauberkeit sie auch dem Auge angenehm empfie

Die ornamentale Bildhauerei, welche hier zunächst Aufstell funden hat, war bis vor wenigen Decennien fast ganz in de einer einzigen Firma, der der Gebrüder Dankberg; seit dem Wiedererwachen künstlerischen Geistes in der berliner Baut war dieselbe, unterstützt von den Altmeistern der Architektur, getreten und hat Namhaftes geleistet. Die außer Verhältn mehrte Bauthätigkeit der letzten Jahre hat neben ihr noch viele

---

*) Anmerkung. Die von Wille, Schleicher, Geiseler gestellten Marmorkamine, die mehr dekorativen Zwecken diene bereits an anderer Stelle erwähnt; dagegen ist noch nachträgl den von Ravené und Sußmann mit reichem Schmuck an Onyx und Bronce ausgestatteten Prachtkamin aufmerksam zu

durch den Telegraphen verbreitete Nachricht vom deutschen „Reichsanz." für „vollständig erfunden" erklärt. Trotzdem ist es immerhin möglich, daß Fürst Bismarck auf eine Entscheidung drängt. In diesem Sinne dürften nachstehende Telegramme der „Köln. Ztg." aufzufassen sein. Aus P e r a, vom 11. d. meldet man dem genannten Blatte:

In der heutigen Sitzung betonten die Großmächte auf Initiative des deutschen Botschafters die durch die Konferenzbeschlüsse engagirte Ehre der Großmächte. Die Haltung der Türken war eine feste Die achte Sitzung ist von Sonnabend auf Montag verschoben. Man behauptet hier, daß alsdann Gegensätze in der Haltung der drei Ostmächte hervortreten könnten.

Und aus London vom 12. d. M.:

Hier eingetroffene stambuler Depeschen schildern die Lage als eine derartige, daß, während Ignatieff nachgiebig einlenke, Fürst Bismarck auf eine Entscheidung dränge und den deutschen Botschafter Freiherrn v. Werther angewiesen habe, er solle k e i n e n w e i t e r e n Z u g e s t ä n d n i s s e n b e i s t i m m e n, ohne deshalb vorher in Berlin angefragt zu haben.

Die „Independanze" läßt sich aus Konstantinopel vom 11. d. telegraphiren, daß der deutscherseits dorthin entsendete Wirkl. Legationsrath Dr. Busch eine Unterredung mit Midhat Pascha hatte und demselben Nachgiebigkeit gegen die Wünsche der europäischen Mächte anrieth. H T. B. meldet, die Konferenz werde, sollte auch die auf Montag anberaumte Sitzung resultatlos bleiben, sich an diesem Tage auflösen. General Ignatieff mache bereits Abschiedsbesuche. Anderen Nachrichten zufolge sind die jüngsten Kinder Lord Salisbury's bereits nach Mentone abgereist.

Unterm 10. Januar meldete man der „K. Ztg." aus London: auf der Donnerstags-Konferenz solle Herr von Werther, welcher von Berlin strenge Weisung erhalten, auf die ungemilderte Annahme des Konferenzprogramms dringen, während sich Rußland, Italien und Frankreich nachgiebig zeigen.

Aus London, 11. Januar wird ferner gemeldet: Obwohl das britische Kabinet in vielem dem Marquis von Salisbury freie Hand gestattete, so instruirte es ihn doch in bestimmtester Weise bezüglich der Form, in der er schließlich die Pforte zur Annahme der Konferenz-Vorschläge auffordere, damit Rußland später nicht als Mandatar sämmtlicher Mächte aufzutreten ein Recht beanspruche. Aehnliche Weisungen erhielten angeblich Zichy und Werther. Demgemäß wird die Schlußforderung der Mächte an die Pforte um Entscheidung n i c h t d i e F o r m e i n e s k o l l e k t i v e n U l t i m a t u m s besitzen.

Das „Neue Wiener Tageblatt" schreibt: Man glaubt in hiesigen diplomatischen Kreisen, daß spätestens Montag die letzte Konferenzsitzung stattfinden dürfte. In Konstantinopel thut man sehr kriegerisch, und im Seraskierat wird sogar behauptet, der Sultan werde in eigener Person das Oberkommando der Donau-Armee führen. Vorbereitungen für eine Reise Abdul Hamid's nach Rustschuk werden auch thatsächlich getroffen.

Daß man wieder auf das A n d r a s s y'sche R e f o r m p r o j e k t zurückgegangen, scheint sich zu bestätigen; man wird sich mit ihm begnügen, aber die Garantien sind auch in diesem Projekt für die Pforte schon unbequem. Die Note des Grafen Andrassy behandelt, wie die „P r e s s e" hervorhebt, die Garantiefrage in der mildesten und für die Türkei annehmbarsten Form. Sie verlangt nur: „Die Errichtung einer Spezial-Kommission, gebildet aus einer gleichen Zahl Muselmänner und Christen, um die Durchführung der von den Mächten vorgeschlagenen Reformen zu kontroliren, ähnlich jenen Kommissionen, welche in dem Irade vom 2. Oktober und dem Firman vom 12. Dezember 1875 proklamirt wurden." Dieser Kontrol-Ausschuß wäre mithin eine Institution, welche der frühere Sultan Abdul Aziz und dessen Minister selbst aus eigenem Antriebe zu errichten versprochen haben, bevor die Mächte dieses Versprechen in der verbindlichen Fassung einer förmlichen Vereinbarung mit ihnen fixirt wissen wollten. Das berliner Memorandum ging in der Garantie-Forderung bereits weiter. Es verlangte: „daß die Konsuln als Delegirte der Mächte im Allgemeinen die Durchführung der Reformen und insbesondere der Bestimmung über die Heimkehr der Flüchtlinge überwachen sollen", nachdem eine gemischte Kommission, entsprechend der Andrassy'schen Note, eingesetzt worden.

Der „Kreuz Ztg." wird über das Betragen der Türken auf der Konferenz geschrieben:

Einstweilen geberden sich die türkischen Bevollmächtigten, insbesondere der frühere berliner Botschafter Edhem Pascha, auf der Konferenz immer ungebührlicher. So hielt Edhem, um die bulgarischen Gräuel zu rechtfertigen, Europa alle seine Gräuel, von der „Bluthochzeit" und dem dreißigjährigen Kriege angefangen bis zur pariser Kommune vor; er verstieg sich dabei zu solchen Heftigkeiten, daß ihm, der „France" zufolge, von den großmächtlichen Vertretern förmlich Stillschweigen geboten wurde.

Was die Differenz mit R u m ä n i e n anbelangt, so meldet „H. T. B." aus Bukarest, daß die rumänische Regierung, die ihr von der Pforte gegebene Interpretation der Verfassungsartikel a l s v o l l s t ä n d i g u n g e n ü g e n d betrachte. Inzwischen gehen die türkischen Grenztruppen bereits zu Thätlichkeiten über. Wiener Blättern wird aus Bukarest 11. Januar gemeldet:

Vorgestern Nachts setzten dreißig Tscherkessen über die Donau bei Silistria, überfielen bei dichtem Nebel drei rumänische Grenzposten, von denen einer erschlagen, die anderen verwundet wurden. Die Thäter zogen sich zurück, mehrere Stück Vieh mit sich führend. Die Regierung protestirte sofort sowohl bei der Pforte als bei den Großmächten."

Vom orientalischen „K r i e g s s c h a u p l a t z e" laufen Nachrichten ein, welche auf die von der „Köln. Ztg." und verschiedenen wiener Blättern so hoch gepriesene türkische Armee ein eigenthümliches Licht werfen. Dem „N. W. Tgbl." wird nämlich aus Belgrad, 11. Januar, telegraphirt: Die Türken überfielen vor zwei Tagen das am Timok gelegene Dorf R a j a t z, wurden aber zurückgeschlagen. Gestern streiften sie wieder gegen Negotin. Im Morawa-Thale wurden zwei Dörfer von ihnen angezündet. Die Verletzungen der Demarkationslinie mehren sich.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 15. Januar.

— In unserem letzten (erweiterten) Abendblatte gaben wir die definitiven Ergebnisse der R e i c h s t a g s w a h l, soweit sie bis jetzt in Depeschen vorliegen. Unter den telegraphischen Nachrichten unseres Abendblattes ist das mit „wiederholt" bezeichnete Telegramm aus Berlin früher eingegangen und nur durch ein Versehen des Setzers an die z w e i t e Stelle gekommen. Das zuerst gestellte berliner Telegramm bringt die j ü n g s t e n Nachrichten über den Ausfall der Wahlen, und hätte deshalb das frühere Telegramm (wenn es überhaupt noch einmal wiederholt wurde) an die e r s t e Stelle kommen müssen. — Unsern letzten Bericht über den Ausfall der Wahl in unserer Provinz ergänzen wir dahin, daß neben 11 Polen bis jetzt 3 (sage: drei) Deutsche gewählt worden sind, nämlich Freiherr v. Unruh-Bomst, Generaladvokat v. Putkamer und Landrath v. Colmar. Hierzu wird durch Stichwahl zwischen dem deutschen und polnischen Kandidaten im Wahlkreise Bromberg wahrscheinlich noch ein v i e r t e r kommen, so daß unsere Provinz im Reichstage durch 11 polnische und 4 deutsche Abgeordnete vertreten sein wird, während wir bei der vorigen Reichstagswahl, wo die Deutschen sich ebenfalls lässig und uneinig zeigten, wenigstens doch f ü n f Deutsche durchbrachten und da zanken sich noch die Leute in Bromberg, ob es besser sei, einen Nationalliberalen oder einen Fortschrittler zu wählen. Wer sich noch schämen kann, der schäme sich!

r **Der Termin** zu den Bewerbungen um die S t a d t b a u r a t h s s t e l l e in unserer Stadt ist mit dem heutigen Tage abgelaufen. Wie man hört, hat sich nur eine geringe Anzahl von Bewerbern, (angeblich sechs) gemeldet.

□ **Moschin**, 13. Januar. [B ü r g e r m e i s t e r w a h l. L a n d w e h r v e r e i n. R e i c h s t a g s w a h l.] Seit März v. J. wird die hiesige Bürgermeisterstelle kommissarisch verwaltet, weil der vorige Inhaber von der Regierung suspendirt wurde. Vor einigen Wochen wurde nun eine Neuwahl vollzogen, wobei, entsprechend der Zusammensetzung der Stadtverordneten-Versammlung, 3 deutsche Stimmen auf den deutschen Kandidaten und 3 polnische Stimmen auf den polnischen Kandidaten fielen. Bei der demnächstigen Loosung ging der polnische Kandidat aus der Wahlurne hervor. Doch hat die königliche Regierung die Wahl nicht bestätigt und deßhalb stehen wir abermals vor einer Wahl. Das Resultat derselben kann nicht zweifelhaft sein, da die deutschen Stadtverordneten aus dem Grunde sich von der Wahl enthalten wollen, weil ihnen von maßgebender Seite die Befürwortung des einzigen deutschen Kandidaten, für welchen schließlich eine Einigung bei der Wahl möglich war, nicht in Aussicht gestellt wurde. Dieselben ziehen es vielmehr vor, die Stelle event. durch Regierungsverordnung kommissarisch verwalten zu lassen, als von einem beschränkten Wahlrecht Gebrauch zu machen. — Seit einigen Monaten hat sich hier ein Landwehrverein gebildet, welcher schon eine recht stattliche Zahl Mitglieder umfaßt. Ein solcher Verein könnte recht segensworth wirken, wenn es dem Vorstande gelingt, von vornherein Elemente auszuschließen, die nur störend auf dessen Entwickelung einwirken, dann aber auch, unbeschadet seiner patriotischen Zwecke, sich jedes demonstrativen Auftretens enthält. — An der Reichstagswahl betheiligten sich polnischerseits circa 80 pCt. und deutscherseits circa 30 pCt. der Wahlberechtigten.

Fraustadt, 13. Januar. [B e r i c h t i g u n g.] Vom Vorsteher der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung Herrn Kohz geht uns folgende Zuschrift zu:

In Nr. 16 Ihres geschätzten Blattes, Fraustadt den 7. Januar, ist ein Artikel enthalten, worin gesagt wird, daß die Stimmung gegen die hiesige städtische Verwaltung eine höchst gereizte sei und in Folge dessen eine Deputation der Stadtverorneten kürzlich bei dem Herrn Oberpräsidenten war um demselben die Beschwerden gegen die städtische Verwaltung vorzutragen. Da dieses eine vollständige Entstellung der Thatsachen ist, so bin ich beauftragt, im Namen der Stadtverordneten zu erklären, daß es durchaus nicht Zweck der Deputation war, Beschwerden über die städtische Verwaltung dem Herrn Ober-Präsidenten vorzutragen, sondern, daß die Deputation von den Stadtverordneten nur den Auftrag hatte, wegen Festsetzung des Bürgermeistergehalts bei dem Herrn Oberpräsidenten vorstellig zu werden. Es ist der Deputaion, welcher ich die Ehre hatte anzugehören, auch nicht im entferntesten eingefallen, gegen die Intentionen der Stadtverordneten zu handeln, und es hat sich dieselbe nur strikte an ihren Auftrag gehalten.

—n. **Meseritz**, 13. Januar. [S t a t i s t i s c h e s. V e r s e t z u n g. P f e r d e d i e b s t ä h l e.] Beim hiesigen städtischen Standesamte sind im Jahre 1876 zur Eintragung gekommen: 169 Geburten 82 männl., 87 weibl.) 138 Sterbefälle (72 m. 66 w.) und 35 Eheschließungen, außerdem 7 Todtgeborene. Uneheliche Geburten sind 22 und Zwillingsgeburten 6 zu verzeichnen. Bei sämmtlichen Eheschließungen hat die kirchliche Trauung stattgefunden. Gegen das Vorjahr sind 10 Geburten und 1 Eheschließung weniger, dagegen 30 Todesfälle mehr. — Der k. Distr.-Kommissarius Schauer aus Bentschen ist seit Neujahr in gleicher Eigenschaft nach Schmiegel versetzt und der Distrikts-Kommissarius Sikorski aus Schmiegel ist an seine Stelle getreten. — Die Pferdediebe scheinen in unserer Gegend ihrem Handwerk jetzt wieder mit Erfolg obzuliegen. Nachdem erst im Dezember dem Gastwirth Kramm zu Rissen ein Pferd, ein Korbwagen und eine Ferse gestohlen worden sind, ist ein gleicher Besuch vor einigen Tagen dem Wirth Wilhelm Kurtz aus Kunik abgestattet worden, wobei ihm eine dunkelbraune Stute, ein Rappen und ein Beschlagwagen mit ausgeflochtenen Leitern gestohlen wurden.

§ **Aus dem Kreise Krotoschin**, 14. Januar. [E i n M i ß s t a n d b e i d e n E i s e n b a h n z ü g e n d e r O e l s - G n e s e n e r E i s e n b a h n], welcher allgemein bedauert wird, dem aber leicht abzuhelfen wäre, besteht darin, daß sowohl der Abends 9 Uhr 36 M. von Oels als auch der 11 Uhr 16 M. Abends aus Gnesen in Krotoschin ankommende Zug dort die Nacht über liegen bleibt und erst am andern Morgen weiter abgelassen wird. Dadurch werden die Bewohner von 4 Städten, nämlich Jarotschin, Jaratschewo, Borek und Koschmin sowie der nächstgeegenen ländlichen Ortschaften behindert, die ersten Züge, welche 5 Uhr 11 M. früh nach Oels-Breslau abgehen, benutzen zu können. Die Städte Borek und Koschmin sowie die ganze umliegende Gegend haben dabei auch noch den Nachtheil, daß sie sogar die Reisen nach ihrer Kreisstadt Krotoschin in Gerichts-Angelegenheiten mittelst Extrawagens zurücklegen müssen, weil der erste Zug dorthin erst um 10 Uhr 23 M. Vormittags von Koschmin abgeht, während bekanntlich die Gerichtsverhandlungen schon zu einer früheren Tageszeit beginnen. Diesem Uebelstande könnte sehr leicht abgeholfen werden, wenn die Züge, statt wie bisher in Krotoschin, in Jarotschin übernachten und ungefähr um dieselbe Zeit von dort nach Oels abgelassen würden. Es würde dann nichts weiter nöthig sein, als die jetzt 7¾ Uhr früh von Borek nach Koschmin abgehende Post um soviel früher in Borek abzulassen, daß sie in Koschmin den Bahn-Anschluß findet. Eine solche Einrichtung würde nicht nur zur größern Bequemlichkeit des Publikums sondern auch zur bessern Rentirung der Bahn dienen. Vielleicht geben diese Bemerkungen Anlaß, diese Angelegenheit an maßgebender Stelle in Erwägung zu nehmen.

⊡ **Fraustadt**, 14. Januar. [S t a d t v e r o r d n e t e n s i t z u n g.] In der am Freitag stattgefundenen Sitzung der Stadtverordneten schritt man zur Konstituirung des Bureaus pro 1877. Der bisherige Vorsitzende Kohz und dessen Stellvertreter W. Goldmann wurden wieder gewählt. Zum Schriftführer wählte man Realschullehrer Jorcke und zu dessen Stellvertreter Kaufmann Hielscher. Eine erfreuliche Mittheilung machte hierauf der Vorsitzende, nämlich: daß nunmehr mit der Pflasterung desjenigen Theiles der Schlawaer-Straße begonnen wer-

---

Firmen ins Leben gerufen, die ebenfalls meist enge Beziehungen zu hervorragenden architektonischen Kräften haben, und sich ebenbürtig der älteren an die Seite stellen. Wir nennen Lehr, Jungermann, Milschefsky, Braasch, Zeyer u. Drechsler und O. Lessing, welche sämmtlich durch Reichthum der Formen und die große Gewandheit in der Auffassung aller Stylnüancen beweisen, wie tüchtige Kräfte in ihren Ateliers thätig sind. Die Glasindustrie, soweit sie sich auf das Baufach bezieht, ist durch geätzte, geschliffene und abgeblasene Scheiben, durch Glaskronleuchter und Glasbuchstaben vertreten. Das seit 1873 bekannter gewordene Verfahren, vermittelst eines heftigen Luft- oder Dampfstromes Sandkörnchen in wirbelnder Bewegung gegen harte Körper zu führen und dieselben dadurch zu bearbeiten, ein Verfahren, welches selbst auf Granit mit Erfolg angewandt wird, findet vorzugsweise Anwendung, um durch Fortnehmen der Glasur Glas und Kacheln mit reichen Dekorationen und selbst den zartesten Musselinmustern zu versehen. Gelungene Proben dieser Art sind von Westphal und Ganter ausgestellt, während durch Schmidt und Gundlach geätzte und geschliffene Scheiben sich zum Vergleich darbieten. Melchior (Cöln) führt eine hübsche Verglasung mit farbigem Flächenornament unter Verwendung von kleinen Butzenscheiben vor, die einen sehr behaglichen, wohnlichen Effekt hervorbringen. G l a s m a l e r e i e n sind zur Zeit nur vom hiesigen königlichen Institute für Glasmalerei ausgestellt, die sich den bewährten Arbeiten desselben an Güte anschließen. Von Glaskronen und Spiegeln heben wir die durch Heckert und Harsch ausgestellten hervor. Die Aussteller von Glasbuchstaben Koch u. Bein und Heinicke zeigen ihre renommirten Fabrikate in recht geschickter und gefälliger Anordnung; allerdings ist dabei der Antheil nicht zu verschweigen, welchen die Maler Meurer-Schaller bei diesen und anderen Ausstellern bethätigten, und damit den Beweis lieferten, wie fruchtbringend das italienische Studium für sie gewesen.

Als ein besonders glücklicher Griff der Ausstellungs-Kommission können wir es bezeichnen, daß sie auch die rein dekorativen Gegenstände mit in ihren Bereich gezogen haben, und dadurch Gelegenheit gaben, alles, was zur völligen Durchführung und Einrichtung eines Hauses gehört, zu prüfen und zu vergleichen. — In schönen gearbeiteten Schränken zeigen die Firmen H. Gerson und E. Weber prachtvolle Stoffe in den glänzendsten Farben; eine reiche Auswahl von Teppichen der Firmen Ehrenhaus, Abraham und Blumrich zieren die Wandflächen des Vestibuls und Treppenhauses. Eine besondere Beachtung verdienen daneben die Tapeten. Hauptsächlich dem Eifer der berliner Tapetenfabriken und Handlungen ist es zuzuschreiben, daß in hiesigen Wohnungen ein verhältnißmäßig bedeutender Luxus auf diesen Artikel verwandt wird, der, wie manchem unserer Leser noch wohl in Erinnerung sein wird, — in Wien beispielsweise nicht annähernd zu finden ist. Im großen Ganzen ist dabei der Geschmack in dieser Richtung gut zu nennen, was die von Gebr. Hildebrandt, eine der ältesten und bekanntesten Firmen, und die von Luck und Heider vorgeführten Muster auch dem Anspruchsvollsten beweisen dürften. Als ein Beispiel hoher Vollendung in Technik, Zeichnung und Farbenzusammenstellung sei noch auf das Muster aufmerksam gemacht, welches letztere Firma für den Sitzungssaal des Architekten-Vereins gefertigt hat. Es verdient an dieser Stelle bemerkt zu werden, in wie hohem Grade solche Leistungen dazu beitragen, eine Industrie bei uns einheimisch zu machen, deren Erzeugnisse bisher nur als Handelsartikel auftreten. — Die von C. und A. Kauffmann höchst kunstvoll aus sogenannten japanischen Tapeten, welche Cretonnes, Damast und andere Stoffe auf teuschende Weise nachahmen und in Falten, Polstern (capitonné) 2c. drapirt sind. hergestellte Deckendekoration zeigt, welche Effekten zum Zweck passagerer Dekorationen erreicht werden können.

Zum Schluß erwähnen wir noch die Ausstellung der Mechaniker Dörffel und Meißner, die ihre Instrumente in höchst eleganter Ausstattung auslegen, und die der Buch- und Kunsthändler, als treuer Verbündeter der Architekten und ihrer Bestrebungen. Von letzterem repräsentirte die Firma Ernst Korn lange Zeit in enger Beziehung mit dem Architekten-Verein den einzigen architektischen Verlag, und erst neuerdings haben sich ihr die Firmen Waßmuth und Claessen, die sich auch durch ihre Ausstellung hervorthun, an die Seite gestellt. Eine ehrende Erwähnung verdient daneben auch Rückwardt, dessen Photographien von Architekturen den besten französischen und amerikanischen nichts nachgeben. Mit der Bemerkung, daß der Bleistift, welcher zum Niederschreiben dieser kurzen Besprechung diente, entweder von Bormann oder Spielhagen, den vielseitigen Ausstellern von Zeichenmaterialien, entnommen war, schließen wir diese Zeilen, indem wir wünschen, daß der dem massenhaften und interessanten Material gegenüber nur dürftige und lückenhafte Bericht genügen möge, in weiteren Kreisen Beachtuug und Förderung des Unternehmens zu erwecken.

Die Arbeiter-Marseillaise.

In dem Augenblick, wo die Sozialdemokraten ihre Reihen formirt und wo sie so außerordentliche Erfolge aufzuweisen haben, wird es interessiren, ihr Schlachtlied kennen zu lernen. Es betitelt sich „Arbeitermarseillaise" und wenn man dem Liede Glauben schenken könnte, würde es sich bei den Bestrebungen der Sozialdemokratie nur um außerordentlich humane Ziele und dem Zwecke der Aufklärung handeln. Wer der Tyrtäus der Sozialdemokratie, der Rouget de l'Isle dieser Marseillaise sei, die selbstredend nach der Melodie der echten Französischen gesungen wird, ist vorläufig unbekannt. Sein Werk aber lautet nach dem „Börs. C." folgendermaßen:

„Wohlan wer Recht und Wahrheit achtet,
Zu uns'rer Fahne steht zu Hauf',
Wenn auch die Lüg' uns noch umnachtet,
:,: Bald steigt der Morgen hell herauf' :,:
Ein schwerer Kampf ist's, den wir wagen,
Zahllos ist uns'rer Feinde Schaar,
Doch ob, wie Flammen, die Gefahr
Mög' über uns zusammenschlagen:
Nicht zählen wir den Feind,
Nicht die Gefahren all',
Der kühnen Bahn nur folgen wir,
Die uns geführt Lassalle!

Der Feind, den wir am tiefsten hassen,
Der uns umlagert schwarz und dicht,
Das ist der Unverstand der Massen,
:,: Den nur des Geistes Schwert durchbricht. :,:
Ist erst dies Bollwerk überstiegen,
Wer will uns dann noch widersteh'n?
Dann werden bald auf allen Höh'n
Der wahren Freiheit Banner fliegen!
Nicht zählen wir den Feind, 2c. 2c.

Das freie Wahlrecht ist das Zeichen
In dem wir siegen; — nun wohlan,
Nicht predigen wir Haß den Reichen,
:,: Nur gleiches Recht für Jedermann. :,:
Die Lieb' soll uns zusammenketten,
Wir strecken aus die Bruderhand,
Aus geist'ger Schmach das Vaterland,
Das Volk vom Elend zu erretten!
Nicht zählen wir den Feind, 2c. 2c.

Von uns wird einst die Nachwelt zeugen;
Schon blickt auf uns die Gegenwart.
Frisch auf, beginnen wir den Reigen!
:,: Ist auch der Boden rauh und hart. :,:
Schließt die Phalanx in dichten Reihen:
Je höher uns umrauscht die Fluth
Je mehr mit der Begeist'rung Gluth
Dem heil'gen Kampfe wir uns weihen!
Nicht zählen wir den Feind 2c. 2c.

Auf denn, Gesinnungskameraden,
Bekräftigt heut' auf's Neu' den Bund,
Daß nicht die grünen Hoffnungssaaten
:,: Gehn vor dem Erntefest zu Grund. :,:
Ist auch der Säemann gefallen,
In guten Boden fiel die Saat:
Uns aber bleibt die kühne That,
Heil'ges Vermächtniß sei sie Allen!
Nicht zählen wir den Feind,
Nicht die Gefahren all',
Der kühnen Bahn nur folgen wir,
Die uns geführt Lassalle!

den kann, welche von der Scheibenstraße nach Oberpritschen führt und hierzu seien aus dem Provinzialfonds 6000 Mark Beihilfe bewilligt werden. Mit der Pflasterung dieser Straße wird einem großem Uebelstande abgeholfen.

— K — **Schneidemühl**, 14. Jan. [Polnischer Verein.] Der hiesige praktische Arzt Dr. Przybyszewski, welcher seit ca. 4 Monaten hier ansässig ist, hat hierorts einen polnischen Verein gegründet, welcher sich die Aufgabe stellt, das hier bis auf Null herabgesunkene Polenthum wieder zu heben und zu fördern. Die Vereinssitzungen finden am äußersten Ende der Stadt, in dem ehemaligen „Gasthofe zum schwarzen Adler" statt. Wie man sagt, soll sämmtlichen Mitgliedern des Vereins bei Androhung einer Geldbuße der ausschließliche Gebrauch der polnischen Sprache während der Sitzungen zur strengsten Pflicht gemacht worden sein. Der Herr Doktor dürfte bald zu seinem Nachtheile erfahren, daß die Bewohner einer deutschen Stadt einen solchen Arzt entbehren können.

Aus dem Gerichtssaal.

—h— **Posen**, 15. Januar. [Schwurgericht.] Am Freitag wurde zuerst gegen die verehelichte Hedwig Pietrzyk aus Kadzewo, Kreis Samter, wegen Kindesmordes verhandelt. Die Angeklagte war am 16. Dezember 1875 bei herannahenden Geburtswehen auf die Dorfstraße gelaufen und dort entbunden worden. Sie ließ ihr Kind, als sie sich in das Zimmer zurückbegab, draußen liegen; bei dem Neugeborenen fand man später einen Hund, welcher das Kind bereits bis auf die beiden Arme, welche noch übrig geblieben waren, verzehrt hatte. Die Sache war bereits einmal zur schwurgerichtlichen Verhandlung gekommen; damals war die Schuldfrage von den Geschworenen verneint und die Angeklagte freigesprochen worden; nachdem damals die Geschworenen ihren Wahrspruch abgegeben hatten, stellte der Vertreter der Staatsanwaltschaft den Antrag, an die Geschworenen eine zweite Frage wegen fahrlässiger Tödtung zu richten. Der Gerichtshof erachtete jedoch die nachträgliche Stellung der beantragten Frage für unzulässig. Die Staatsanwaltschaft hatte gegen das freisprechende Erkenntniß des Gerichtshofes aus dem angegebenen Grunde die Nichtigkeitsbeschwerde eingelegt, und das erste Erkenntniß wurde, dieser entsprechend, von dem Obertribunal vernichtet und die Sache zur nochmaligen Verhandlung in die erste Instanz zurückgewiesen. Im gegenwärtigen Termine wurden die beiden Fragen, sowohl die nach Kindesmord als diejenige nach fahrlässiger Tödtung von vornherein gestellt. Die Geschworenen verneinten die erste und bejahten die zweite Frage. Die Angeklagte wurde wegen fahrlässiger Tödtung mit sechs Monaten Gefängniß bestraft. Bei den beiden anderen am Freitage anstehenden Terminen, in Sachen gegen den früheren Wirthschaftsbeamten J. Z., welcher wegen Verbrechens wider die Sittlichkeit verbunden mit Körperverletzung, und gegen den Einwohner J. S., welcher wegen Verbrechens wider die Sittlichkeit unter Anklage gestellt war, wurde die Oeffentlichkeit ausgeschlossen.

—k— **Schneidemühl**, 14. Jan [Schwurgericht.] Gestern saß auf der Anklagebank vor dem hiesigen Schwurgericht der Oekonom Voß aus Käseke, ein Hochstapler der schlimmsten Sorte, angeklagt des wiederholten Betruges. Im September v. J. erschien der Angeklagte mit seiner Frau und einem Kinde bei dem hiesigen Hotelier Koslawsky, bestellte ein Zimmer mit 3 Betten und kündigte sofort an, daß er mehrere Wochen das Zimmer bewohnen werde. Ins Fremdenbuch trug er einen falschen Namen ein und als Grund seines Hierseins gab er an, in hiesiger Gegend, unweit Deutsch-Krone, eine Erbschaftsangelegenheit reguliren zu müssen. Das bestimmte und äußerst feine Auftreten des Angeklagten veranlaßte den Hotelier K. demselben einen mehrwöchentlichen Kredit zu bewilligen. Während dieser Zeit that sich der Angeklagte mit seiner Familie gütlich, ließ sich die feinsten Speisen und besten Weine serviren und versprach, bei seiner Abreise Alles zu bezahlen. Inzwischen verreiste er auch wiederholt, kehrte jedoch immer wieder zurück und aß und trank, wie zuvor. Als der Hotelbesitzer endlich den Wunsch aussprach, eine kleine Abschlagszahlung zu erhalten, wurde der noble Gast verlegen und gestand ein, daß er augenblicklich kein Geld besitze, daß er jedoch bald im Besitze einer größeren Geldsumme sein werde und alsdann Zahlung leisten wolle. Nachdem er aufs Neue gemahnt worden war, reiste er ab, um, wie er sagte, Geld zu besorgen, pumpte auf dem Bahnhofe noch den Hotelkutscher an und fuhr ab, um nie wiederzukehren. Nach zwei Tagen verschwand auch die gnädige Frau mit dem Kinde unter Zurücklassung einiger Lumpen und eines unbrauchbaren leeren Koffers. Auf Veranlassung der hiesigen Staatsanwaltschaft wurde der Hochstapler auf seiner Weiterreise verhaftet und per Transport hierher gebracht. Da stellte es sich dann heraus, daß derselbe vorher bei den Hotelbesitzern Baeck in Driesen und Lukas in Görlitz Betrügereien in derselben Weise wie hier verübt hatte. Die Geschworenen sprachen das Schuldig über ihn aus und er wurde zu 1 Jahr Gefängniß, 500 Mark Geldbuße, event. noch 5 Monate Gefängniß und 1 Jahr Ehrenverlust verurtheilt.

Am Sonnabend, den 14. Januar wurde eine Anklage wegen Mordes verhandelt, welche auf folgendem Thatbestande beruht. Am 6. Oktober v. J., Abends gegen 9 Uhr, kam der Tagelöhner Ignatz Pachura aus Jawory zu dem Schulzen des Ortes Nepomucen Czarnecki, und zeigte dem letzteren an, daß er seinen Stiefvater Bartholomäus Szymczak getödtet habe. Der Schulze Czarnecki begab sich sofort in die Wohnung des Szymczak und fand denselben auch in der Wohnstube todt vor. Am 8. Oktober erfolgte die Sektion der Leiche; als Resultat derselben wird von den Gerichtsärzten mitgetheilt, daß Szymczak am Schlagfluß gestorben und daß letzterer durch mehrfache bedeutende Schädelbrüche veranlaßt sei. Bei seiner ersten am 9. Oktober 1876 erfolgten gerichtlichen Vernehmung hatte der Angeklagte eingeräumt, daß er seinem Stiefvater mehrere Schläge mit der Faust auf den Kopf versetzt, denselben dann auf einen Kasten geworfen und mit einer in der Nähe stehenden Axt so lange geschlagen habe, bis er kein Wort mehr gesprochen. Später und auch vor den Geschworenen läugnete der Angeklagte, seinen Stiefvater mit der Axt geschlagen zu haben. Er läugnet ferner nicht nur den Todtschlag geplant, sondern bestreitet sogar, den Vorsatz gehabt zu haben, seinen Schwiegervater zu tödten. Der Angeklagte erwähnt, daß sein Stiefvater seine Mutter, seine Geschwister und ihn selbst zum Oefteren gemißhandelt habe und daß derselbe durch sein liederliches Leben die Wirthschaft von 18 bis auf 3 Morgen heruntergebracht habe. An dem Tage der That hätte sein Stiefvater wiederum seine Mutter, weil diese sich weigerte Geld zu Schnaps herzugeben, geschimpft und gemißhandelt. Als er, der Angeklagte, dies gehört habe, sei er nach Hause geeilt und habe hier seine Mutter auf dem Hofe gefunden, da Szymczak sie trotz der großen Kälte in das Haus nicht habe zurücklassen wollen. Bereits in großer Aufregung über das Benehmen seines Stiefvaters seiner durch die schlechte Behandlung seiner Mutter noch mehr gereizt worden und haben sich, nachdem er mit Mühe in das Haus und in die Stube des Szymczak eingedrungen sei, auf seinem mit Schimpfworten gegen ihn und die Mutter fortfahrenden Stiefvater geworfen und ihm mit der Faust mehrere Schläge auf den Kopf gegeben Szymczak sei noch einige Zeit in der Stube herumgegangen und dann mit dem Kopfe auf die Kante eines Kastens gefallen und dort liegen geblieben. Wie obenschon bemerkt will der Angeklagte eine Axt nicht benutzt haben, gesteht aber zu, daß er die Axt von ihrem gewöhnlichen Platze entfernt habe, damit sein Schwiegervater verhindert würde, die Waffe gegen ihn zu wenden. Aus der Beweisaufnahme muß zunächst vermerkt werden, daß sich Nichts ergeben hat, wodurch die Annahme gerechtfertigt würde, daß der Angeklagte mit ruhiger Ueberlegung und planmäßig die That vollführt habe. Zudem schildern die meisten der vernommenen Zeugen darunter auch der Pfarrer aus Jezewo, den Verstorbenen als einen liederlichem, dem Trunke ergebenen Menschen, welcher mit Jedem Händel angefangen und seine Frau und Kinder gemißhandelt, seine Wirthschaft aber fast vollständig ruinirt habe. Der Angeklagte dagegen wird als ruhiger und stets nüchterner Mensch geschildert, von dem besonders der Propst Laferski nicht annehmen kann, daß er mit kaltem Blute gehandelt habe. Die Geschworenen verneinten die Frage nach Mord bejahten dagegen unter Zubilligung mildernder Umstände die Frage nach Todtschlag. Der Gerichtshof sprach den Angeklagten von der Anklage des Mordes frei und bestrafte ihn wegen Todtschlages mit zwei Jahren Gefängniß.

Vermischtes.

* **Das Album**, welches, wie wir mittheilten, dem Staatsminister Delbrück im Namen der Mitglieder des Bundesrathes überreicht worden ist, enthält, wie das „Fremdenblatt" berichtet, 120 Photographien (je 4 per Blatt), welche nach Zeichnung des Architekten v. Großheim geschmackvoll umrahmt sind. Das Titelblatt zeigt eine Aquarellmalerei von Ehrentraut, die Umrahmung besteht aus Wappenschildern der deutschen Bundesstaaten; in der Mitte befindet sich die Inschrift: „Ihrem scheidenden Kollegen Herrn Dr. Delbrück. Die Mitglieder des Bundesraths." Darunter sieht man die Germania, umgeben von allegorischen Figuren sämmtlicher Staaten, welche sich am Abschlusse von Handelsverträgen betheiligt haben, an der linken Seite die Figur eines Eisenbahnarbeiters, bedeutend die Kraft des Mannes. an der rechten eine weibliche Figur mit einem Spinnrocken in der Hand; am unteren Ende des Blattes ist das Gebäude des Reichskanzleramts in der Wilhelmstraße mit den erleuchteten Arbeitszimmern Delbrücks dargestellt. Was die äußere Ausstattung anlangt, so ist der Deckel aus schwarzem Kalbsleder mit Relief-Einlagen von Purpur-Sammet und reichen Verzierungen in echtem Silber angefertigt. Die Vorderseite umrahmen Verzierungen von durchbrochenen Silbe rauflagen. Die Ecken sind mit blauen Emailleplatten ausgelegt, welche von Rubinknöpfen gehalten werden. Das Mittelstück stellt die Büste der von Arabesken im Renaissancestil umgebenen Germania dar. Die Rückseite harmonirt in der Ausstattung mit der Vorderseite. Die Entwürfe, sowohl für die Silberbeschläge, wie für die ganze äußere Ausstattung, rühren vom Architekten v. Großheim her, während die schöne Ausführung der Silberarbeiten das Verdienst des Juweliers H Schaper in Berlin ist. Bemerkenswerth ist noch der Buchschnitt des Albums, welcher nach angegebener Zeichnung in blankem und mattem Golde ziselirt ist, eine der mühsamsten Arbeiten im Fache der Buchbinderei. Die Buchbinderarbeiten wurden in den Werkstätten des Ho buchbinders W. Collin in Berlin ausgeführt.

* **Rom.** [König und Sträfling.] Viktor Emanuel erhielt am Neujahrstage durch einen Postbeamten ein Packet, das eine aus Ebenholz und Elfenbein kunstvoll gearbeitete Geldkassette, als Neujahrsgeschenk des Sträflings Masini in Murate, der dieses Möbelstück im Gefängniß angefertigt hatte, enthielt. Dem Geschenke lag zugleich ein Bittgesuch seines Uebersenders bei, in welchem er um Nachsehung seiner noch zu überstehenden neunmonatlichen Kerkerhaft bat. Der König ließ sogleich durch seinen Kabinetssekretär ein Schreiben an den Künstler richten, in dem er ihm für sein Geschenk dankte, und überschickte ihm dafür eine mit Brillanten besetzte goldene Remontoir-Uhr. Von einer Nachsicht der Kerkerhaft war in diesem Schreiben jedoch keine Rede.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Das erste Dezemberheft von „Unsere Zeit. Deutsche Revue der Gegenwart" (Leipzig, F. A. Brockhaus) enthält: Adolf Stahr. Ein biographischer Essay von Adolf Glaser. — Populäre Heilkunde und persönliche Gesundheitspflege. Eine kulturgeschichtliche Studie von Paul Niemeyer. I. — Die wirthschaftlichen Grundrechte des deutschen Reiches. Von August Hermann Schreck. III. — Die dritte Republik in Frankreich. Von H. Bartling. Dritter Abschnitt. Die Präsidentschaft des Marschalls Mac Mahon. VIII. (Schluß.) — Chronik der Gegenwart: Todtenschau. Politische Revue.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 15. Januar. [Abgeordnetenhaus.] Es erfolgt die Präsidentenwahl und Konstituirung der Bureaux. v. Bennigsen wird mit 351 von 367 giltigen Stimmen zum Präsidenten, Kloz mit 211 von 366 zum ersten, Graf Bethusy-Huc mit 223 von 307 zum zweiten Vizepräsidenten gewählt.

Eingesandt.

Posen, 13. Januar. Bei Gelegenheit der Steuerzahlung für das IV. Quartal vorigen Jahres erhielten die Steuerzahler der Stadt Posen auf dem Kassenbureau des Rathhauses einen nur auf das 1. Vierteljahr d. J. laufenden Zettel, auf Grund dessen die Steuern für das verlängerte Etatsjahr bis 1. April d. J. zu zahlen sein sollten. Trotzdem hiernach also sämmtliche Steuergefälle nur für das laufende Vierteljahr zu entrichten sind, erhebt der städtische Steuererheber nur für die Klassen-, Gemeinde-Einkommen-, Grund- und Gebäude- u. s. w. Steuer den Betrag bis zum 1. April d. J., während er sich den Betrag für die Feuer-Sozietät für das halbe Jahr bis 1. Juli zahlen läßt. Hieraus ist zu entnehmen, daß die Provinzial-Feuer-Sozietäts-Direktion noch das alte Etatsjahr innehält, während es im allgemeinen Interesse sehr wünschenswerth wäre, wenn auch diese Behörde im Einklang mit den übrigen Verwaltungszweigen sich zur Verlegung des Etatsjahres von April zu April verstehen wollte.

Ein Posener Steuerzahler.

Bekanntmachung.

In der Restaurateur **F. W. Ahlers**schen Konkurssache ist der bisherige einstweilige Verwalter, Agent **Samuel Haenisch** hier, zum definitiven Verwalter bestellt worden.

Posen, den 8. Januar 1877.

Königliches Kreisgericht.

Bekanntmachung.

Zufolge Verfügung vom 5. Januar cr. sind an demselben Tage folgende Eintragungen bewirkt worden und zwar:

A. In dem Firmen-Register

ad Nr. 13. Bei der Firma **Meyer Barschalls Wittwe** zu **Fraustadt** das Erlöschen derselben, und daß dieslebe durch Erbgang auf die Kaufleute **Martin Barschall** und **Carl Barschall** zu **Fraustadt** übergegangen und von Neuem in dem Gesellschafts-Register ad Nr. 14 eingetragen worden.

B. In dem Procuren-Register ad Nr. 4 das Erlöschen der Procura des **Martin Barschall** für die Firma **Meyer Barschalls Wittwe** ad Nr. 13 des Firmen-Registers

C In dem Gesellschafts-Register ad Nr. 14 die Firma **Meyer Barschalls Wittwe** zu **Fraustadt**, und als deren Inhaber die Kaufleute **Martin Barschall** und **Carl Barschall** zu **Fraustadt**,

sowie daß die Gesellschaft am 1. Januar 1877 begonnen hat, und jedem Gesellschafter die Befugniß zusteht, die Gesellschaft zu vertreten.

Fraustadt, am 5. Januar 1877.

Königliche Kreisgerichts-Deputation.

Zu dem Konkurse über den Nachlaß des Kaufmanns **Eduard Stiller** zu **Posen** hat der Sanitätsrath **Dr. Goldmann** zu Posen nachträglich eine Forderung von 50 Mk. angemeldet. Der Termin zur Prüfung dieser Forderung ist auf

den 23. Januar c.
Vormittags 10 Uhr,

vor dem unterzeichneten Kommissar im Terminszimmer Nr. 18 anberaumt, wovon die Gläubiger, welche ihre Forderungen angemeldet haben, in Kenntniß gesetzt werden.

Posen, den 11. Januar 1877.

Königliches Kreis-Gericht.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe **Gortatowo** unter Nr. 7 (früher Nr 5BA.) belegene, der Wittwe **Catharina Knypinska** und deren Kindern gehörige Grundstück, welches mit einem Flächen-Inhalte von 2 Hektaren, 61 Aren, 30 Quadratstab der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 27 Mk. 63 Pf. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 36 Mk. veranlagt ist, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Subhastation am

Donnerstag,
den 15. März 1877
Vormittags um 10 Uhr

im Lokale des Conditor **Goerlt** zu **Schwersenz** versteigert werden

Posen, den 29. Dezember 1876.

Königliches Kreisgericht.
Der Subhastations-Richter.
gez. **Keyl.**

Bekanntmachung.

Mittwoch, den 31. d. Mts. Vormittags 11 Uhr werde ich auf dem Bahnhofe zu **Schildberg** und im **Jendrzejewski**'schen Hause daselbst

50 Stuck Kipp-Lowrys (schmalgeleisig)

auktionsmäßig verkaufen

Kempen, den 11. Januar 1877.

Der Auktions Kommissarius.
Froemsdorf.

Bekanntmachung.

Aufkündigung von Kreisobligationen des Kreises Kröben.

Bei der am 6 d. Mts. stattgefundenen Ausloosung (der 6ten) sind nachstehend bezeichnete Kreis-Obligationen des Kreises Kröben gezogen resp. ausgeloost worden und zwar:

Litt. B. Nr. 3, 4 und 12 über 500 Thlr.
Litt. C. Nr. 19 über 200 Thlr.
Litt. D. Nr. 23, 31, 44 und 47 über 100 Thlr.
Litt. E. Nr. 25, 28, 29, 50 und 59 über 50 Thlr.

Die Inhaber dieser Obligationen werden aufgefordert, dieselben in coursfähigem Zustande, nebst den dazu gehörigen Coupons den 1. Juli 1877 auf der Kreis-Kommunal-Kasse in Rawitsch gegen Empfangnahme der Baarzahlung des Nennwerths zurückzuliefern.

Vom 1. Juli c. ab findet eine Verzinsung qu. Obligationen nicht mehr statt.

Rawitsch, den 8. Januar 1877.

Die kreisständische Chaussee-Verwaltungs-Kommission.

Schopis, Landrath.

(Beilage.)